

Medienmitteilung der Anlaufstelle für Sans-Papiers Basel  
7. Juni 2017

## **Basler Härtefallpraxis soll sich am Genfer Modell orientieren**

*Heute hat der Grosse Rat mit grosser Mehrheit einen Anzug zur Legalisierung von Sans-Papiers an die Regierung überwiesen. Die Anlaufstelle für Sans-Papiers freut sich sehr über das deutliche Votum im Sinne der Sans-Papiers, wie auch über die Ankündigungen von Regierungsrat Baschi Dürr, dass in Basel grundsätzlich kein anderes Modell als in Genf gelten soll. Eckpfeiler einer neuen Praxis, die sich am Genfer Modell orientiert, werden klare Kriterien und ein vereinfachtes Verfahren sein.*

Seit über zwei Jahren ist die restriktive Härtefallpraxis für Sans-Papiers Thema in Basel. Mit der Kampagne *Nicht ohne unsere Freund\*innen! – Solidarität im Härtefall* hat die Anlaufstelle für Sans-Papiers erreicht, dass Sans-Papiers, deren Gesuche mehrmals vom Migrationsamt abgelehnt wurden, mittlerweile Bewilligungen erhalten haben. Kurz danach reichte aber das Migrationsamt gegen dieselben Personen eine Strafanzeige wegen illegalem Aufenthalt und Arbeit ohne Bewilligung ein. Grundlage der Anzeigen waren die Aussagen, welche die Sans-Papiers im Härtefallverfahren machen mussten. Ein deutliches Zeichen, dass die jetzige Praxis im Kanton zu restriktiv ist und Veränderungen dringend notwendig sind.

## **Grosser Rat überweist Anzug zur Legalisierung von Sans-Papiers deutlich an Regierung**

Heute hat sich auch der Grosse Rat der Thematik angenommen und mit einer grossen Mehrheit von 63 Annahmen gegenüber lediglich 21 Ablehnungen einen Anzug zur Legalisierung von Sans-Papiers an die Regierung überwiesen. In diesem fordern Politiker\*innen von der BastA! bis zur FDP eine Prüfung seitens der Regierung, ob eine Regularisierungspraxis nach dem Genfer Modell auch in Basel möglich ist. In Genf werden im Rahmen der *Operation Papyrus* momentan Hunderte Sans-Papiers nach klaren Kriterien und vereinfachtem Verfahren regularisiert.

## **Basler Härtefallpraxis wird sich verändern**

In der Diskussion wurde bekräftigt, dass eine offenere und transparentere Härtefallregelung für Basel notwendig ist. Der zuständige Regierungsrat Baschi Dürr nimmt den Anzug entgegen und bekräftigt in seiner Wortmeldung, dass in Basel grundsätzlich kein anderes Modell als in Genf gelten soll. Somit liegt der Ball nun beim Migrationsamt und dem Justiz- und Sicherheitsdepartement, die Praxis entsprechend anzupassen. Momentan gibt es noch grosse Unterschiede zwischen den beiden Stadtkantonen, die – wie beispielsweise die eingeleiteten Strafverfahren – zu grosser Unsicherheit bei den Basler Sans-Papiers führen.

Weitere Informationen bei der Anlaufstelle für Sans-Papiers, Fabrice Mangold,  
fabrice.mangold@sans-papiers.ch, 061 681 56 10, 079 587 49 59.